



Berthold Huber

Erster Vorsitzender der IG Metall

„Der Faktor Arbeit in der Industriegesellschaft der Zukunft“

Sozialpolitischer Aschermittwoch der Kirchen

17. Februar 2010, Essen

Anrede,

der Volksmund weiß: Am Aschermittwoch ist alles vorbei. Das wäre angesichts der tiefen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen aber auch geistig-moralischen Krise nicht einmal das Schlechteste.

Das närrische Treiben an den Finanz- und Rohstoffmärkten, die tollen Tage der ungebremsten Profitsucht wären zu Ende.

Leider ist nichts vorbei. Die Marktradikalen feiern im Grunde einfach weiter, kennen keine Einsicht, halten an ihren Glaubenssätzen fest, blockieren oder unterlaufen notwendige Veränderungen.

Und sie leben gut dabei, während die Zeit des Verzichts, der Entbehrungen, nicht selten auch der Zumutungen, für viele Menschen schon seit Jahren andauert. Diese wird auch nicht in 40 Tagen mit Ablauf der Fastenzeit vorüber sein wird. Sondern - so meine Befürchtung - in den nächsten Monaten eine neue Intensität erreicht.

Der Aschermittwoch im kirchlichen Sinne steht auch dafür, dass Altes vergehen muss, damit Neues entstehen kann.

Das ist im wahrsten Sinne des Wortes wegweisend: Wir brauchen angesichts der tiefen Krise einen echten Neuanfang. Und keine Variante des Bestehenden.

Das betrifft selbstverständlich und in besonderem Maße den Faktor Arbeit in der Industriegesellschaft. Womit ich beim Thema meiner Rede angekommen wäre.

Anrede,

Erwerbsarbeit schafft - noch immer - Einkommen und Sicherheit. Sie ist eine zentrale Voraussetzung sozialer Anerkennung, ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und verleiht persönliche Identität.

Sie schafft räumlich-zeitliche und soziale Strukturen und Beziehungen, ist zentraler Mechanismus der Integration. Oder einfacher: Wer einen guten Arbeitsplatz hat, lebt zufriedener und ist gesünder.

Alle Prognosen, die Arbeitsgesellschaft sei ein Auslaufmodell, irren.

Denn die historischen Gründe für deren Ausbildung - auf die ich an dieser Stelle aus Zeitgründen nicht näher eingehen kann - sind nach wie vor wirkungsmächtig.

Außerdem bietet sich in keiner Weise eine überzeugende, realistische Alternative zu diesem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationsmodell an.

Die Menschen müssen nicht nur arbeiten, sie wollen es auch. Und sollten es dann auch können: Arbeiten, einem Beruf nachgehen. Nicht „jobben“!

Ich komme später darauf zurück. Angesichts der noch lange nicht überwundenen Krise muss ich den Bogen zunächst aber etwas weiter spannen.

Anrede,

80 Millionen Menschen können auf Dauer nicht von Finanzdienstleistungen, der Hoffnung auf steigende Immobilienpreise, einigen wenigen Spitzenuniversitäten und schlecht bezahlten Jobs im Servicebereich leben. Großbritannien hat diesen Weg beschritten, zur Nachahmung empfiehlt er sich nicht.

Damit ist aus meiner Sicht die momentan dringlichste Herausforderung für unsere Arbeitsgesellschaft umrissen: Industriebetriebe und Wertschöpfungsketten erhalten, Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern, Einkommen und Tarifstandards bewahren.

Denn ohne die Industrie und ihre Schrittmacherfunktion für industrienahen Dienstleistungen hat die Arbeitsgesellschaft keine Zukunft. Zumindest keine erstrebenswerte.

Ich will mich - was notwendige Maßnahmen zum Erhalt der Industrie angeht - an dieser Stelle nicht in einer Instrumentendiskussion verlieren. Nur so viel: Erfolg haben wir nur dann, wenn alle ihren Beitrag leisten - die öffentliche Hand, die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer.

Konkret heißt das: Weiterführung der Kurzarbeit unter den derzeitigen Bedingungen, Teillohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzungen, Übernahmegarantien für Auszubildende und die konditionierte Bereitstellung von Kapital an im Kern gesunde Unternehmen.

Zunächst muss es gelingen, den freien Fall zu verhindern, um anstelle von Arbeitslosigkeit zu verwalten, Arbeit heute und auch morgen noch gestalten zu können.

Bereits dabei muss sichergestellt sein, dass nur solche Wege beschritten werden, die bereits heute den Grundstein für die erfolgreiche Bearbeitung zentraler Herausforderungen der Zukunft legen: Der demographische Wandel, die technologische Entwicklung, die Internationalisierung der Wertschöpfung oder der ökologische Umbau der Industriegesellschaft - um nur einige zu nennen.

Wir werden uns vor diesem Hintergrund von dem Glauben verabschieden müssen, die Märkte würden, ließe man sie nur machen, alles von selbst regeln. Der vermeintlich effizientesten unter ihnen - der Finanzmarkt - hat ganz offensichtlich versagt.

So wie im Ganzen nicht zu erkennen ist, dass Investitionen dorthin gelenkt wurden, wo sie der Gesellschaft, den Menschen und ihren Bedürfnissen am nützlichsten sind.

Das ist auch ein Plädoyer für eine Renaissance der aktiven Industriepolitik, um Strukturwandel ohne soziale und ökologische Verwerfungen bewältigen zu können.

Anrede,

ich habe anfangs gesagt, dass sich die IG Metall mit einer Variante des Bestehenden nicht abfinden kann. Denn diese Krise traf auf eine Gesellschaft, deren Fundament mit guten Gründen schon als brüchig bezeichnet werden kann.

Diese Brüchigkeit zeigt sich besonders deutlich am Arbeitsmarkt. Treffender: Sie hat ihre Ursachen genau dort.

„Atypische“ Beschäftigung ist branchenübergreifend auf dem Vormarsch. Allein zwischen 1998 und 2008 betrug der Anstieg satte 46 Prozent. Bei Frauen ist der Begriff atypische Beschäftigung inzwischen grob irreführend, weil sie mit 57% die dominante Form ist.

Inzwischen zeigen eine Vielzahl von Untersuchungen, dass Aufwärtsmobilität nur sehr eingeschränkt vorhanden ist, von einer Durchgangsstation nicht gesprochen werden kann.

Bei über 50 Prozent bedeutet atypische Beschäftigung Niedriglohn, in der Leiharbeitsbranche sind es sogar 67, bei Frauen 77 Prozent. Nicht zu vergessen: 43% der Niedriglohnempfänger sind Normalbeschäftigte.

Der Arbeitsmarkt ist nicht länger gespalten zwischen „Insidern“ und „Outsidern“. Statt dessen gibt es immer mehr Zwischenstadien. Atypisch heißt nicht immer prekär, aber immer öfter. Sowie das sogenannte Normalarbeitsverhältnis nicht länger Granat für „Gute Arbeit“ ist.

Die berechtigte Hoffnung vieler Menschen, „Können“, „Anstrengung“ und „Kompetenz“ seien zentrale Voraussetzungen für einen guten Arbeitsplatz, wird millionenfach mit Füßen getreten.

Aber auch die Beschäftigten im sogenannten Normalarbeitsverhältnis werden immer stärker unter Druck gesetzt, auf Einkommensverbesserungen zu verzichten, schlechtere Eingruppierungen und Leistungsverdichtung zu akzeptieren, betriebliche Sozialstandards aufzugeben.

Belastenden Formen der Arbeitszeit nehmen zu. 1992 leisteten noch 38 Prozent der Beschäftigten Schicht- oder Wochenendarbeit, 2003 schon 51 Prozent. Arbeitsabläufe werden retaylorisiert, Taktzeiten verkürzt, individuelle Zielvorgaben nach oben geschraubt.

Während die Arbeitszeit früher eine fixe Größe im Produktionsprozess war, wird sie heute immer mehr zur abhängigen Variablen. Individuelle Arbeitszeiten sind für die Beschäftigten immer weniger plan- und berechenbar. Das ganze Projekt der „Humanisierung der Arbeit“ befindet sich auf dem Rückzug.

In seinem Buch „Der flexible Mensch“ von 1998 beschreibt der amerikanische Soziologe Richard Sennett die Auswirkungen des neuen flexiblen Kapitalismus.

Seine These ist: Durch Flexibilisierung der Arbeitswelt verlieren Wertvorstellungen und Tugenden, wie Treue, Verantwortungsbewusstsein und Arbeitsethos an Bedeutung. Die Menschen leben in einer Atmosphäre von Angst, Hilflosigkeit, Instabilität und Verunsicherung.

Mit absehbaren Folgen: Kinderwünsche werden zurückgestellt, auch anspruchsvolle Arbeit wird zunehmend als Dauerbelastung empfunden, ständige Erreichbarkeit und individuelle Qualifizierung erscheinen als permanenter Zwang, dessen Nichtbefolgung sanktioniert wird.

Arbeit greift ins Privatleben, frisst es regelrecht auf. Macht unter diesen Bedingungen auf Dauer krank. Körperlich, psychisch oder beides zugleich.

Anrede,

diese Entwicklungen der äußerer Form und des innerem Gehalts von Arbeit stellt eine ernstzunehmende Bedrohung für eine Volkswirtschaft dar, die in besonderem Maße auf qualifizierte und motivierte Beschäftigte angewiesen ist. Ja, ihren Erfolg genau diesen verdankt.

Es würde sich meiner Kenntnis nach schon um eigentümliche Belegschaften handeln, die ihr volles Potential nur unter einem Regime

- von Kostensenkung und ungebremstem Leistungsdruck,
- hierarchischer Steuerung ohne Mitspracherechte sowie
- künstlich angeheizter Konkurrenz zwischen Standorten und innerhalb der Belegschaften

auf Dauer abrufen.

Aus vielen arbeitswissenschaftlichen Untersuchungen, insbesondere aber auch durch Rückmeldungen aus den Betrieben wissen wir, dass

- Respekt und Anerkennung,
- Sicherheit und Planbarkeit,
- die Möglichkeit, fachliche und persönliche Kompetenzen zu erwerben und
- die Schaffung von Räumen zur Beteiligung und Mitbestimmung

die Faktoren sind, die entscheidend zur Mitarbeiterzufriedenheit und damit auch dem unternehmerischen Erfolg beitragen.

Es geht aber um weit mehr als ökonomische Rationalität. Die ist für uns, wenn man so will, ein „Nebenprodukt“.

Arbeit ist entscheidend für die Entfaltung oder auch die Beschränkung persönlicher Entwicklung. Ist Arbeit vielseitig, motivierend, entwicklungsfördernd - oder ist sie monoton, verschleißend und zermürend - dass ist für die Lebensqualität von Menschen von zentraler Bedeutung.

Ist sie entfremdet, körperlich und psychisch aufzehrend. Oder gibt sie dem Einzelnen die Möglichkeit, Prozesse zu gestalten und an Entscheidungen teilzuhaben, wird am Ende des Tages als Bereicherung empfunden, nicht nur im Geldbeutel.

Ein gutes Leben kann es ohne gute Arbeit nicht geben. Das werden alle hier im Raum Anwesenden teilen. Der zweite Teil der Botschaft muss dann lauten: Arbeit kann man gestalten, man muss es sogar.

Dass sich die Arbeitswelt ausdifferenziert hat, sich die Probleme und Bedürfnisse zwischen Branchen, Qualifikationsniveaus, individueller Lebenslage unterscheiden, spielt dabei im Grunde keine Rolle.

Ich kenne Beispiele aus allen Branchen, in denen gleiche oder ähnliche Tätigkeiten vollkommen unterschiedlich ausgestaltet sind. Weil sich der eine Betrieb bewusst für den Weg der guten Arbeit entschieden hat, während der andere das genau so bewusst nicht tat.

Gute Arbeit ist machbar, und was machbar ist und den Menschen dient, darf nicht vom Zufall oder gutem Willen Einzelner abhängig sein.

Anrede,

eine neue Arbeitspolitik ist überfällig.

Dazu einige Stichpunkte:

Wir brauchen **erstens** eine gesetzliche Rahmenordnung, die eine weitere Verrohung des Arbeitsmarktes unterbindet.

Dazu gehört die effektive Regulierung von Leiharbeit, ansonsten droht eine regelrechte Explosion der Leiharbeitsverhältnisse im nächsten Aufschwung. Wir brauchen armutsfeste Lohnuntergrenzen, Befristungen der Befristungen, eine Eindämmung von Mini-Jobs sowie mindestens der Erhalt des bestehenden Kündigungsschutzes.

„Sozial ist, was Arbeit schafft“ bleibt ein expansives Konzept ohne Grenzen. Lässt den Menschen mit seinen materiellen und sozialen Bedürfnissen außen vor. Verneint sie im Grunde.

Zweitens muss die Arbeitslosenversicherung zu einer echten Beschäftigungsversicherung umgebaut werden.

Hin zu einem System,

- welches die die Menschen zur Teilnahme am Arbeitsmarkt durch Qualifizierung dauerhaft befähigt,
- passgenaue Lösungen für die jeweiligen Lebensumstände bietet, z.B. auch durch flankierende Unterstützung in Zeiten, in denen neben der Arbeit familiäre Verpflichtungen anstehen (Pflege, Kinderbetreuung) sowie
- die Bereitschaft Risiken einzugehen belohnt, z.B. die berufliche Neuorientierung oder den Schritt in die Selbstständigkeit.

Eine Arbeitsmarktpolitik, die die Menschen den Zufällen des Lebens und den Zwängen des Marktes überlässt, leistet weder einen Beitrag zu einem stabilen Gemeinwesen noch zu einer leistungsfähigen Volkswirtschaft.

Drittens muss es auch in Zukunft Sorge dafür getragen werden, dass für besonders belastete Berufsgruppen ein flexibler Ausstieg aus dem Erwerbsleben möglich ist.

Nicht als Gegenmodell zu alterns- und altersgerechten Arbeitsplätzen, sondern als sinnvolle und vor allem notwendige Ergänzung. Im Rahmen einer geförderten Beschäftigungsbrücke, die jungen Menschen den Einstieg ins Berufsleben ermöglicht.

Viertens, und dieser Punkt ist für mich von herausragender Bedeutung, müssen wir aus der Krise **eines** lernen:

Die zerstörerische Hegemonie der marktradikalen Wirtschaftsordnung legt einen eklatanten Mangel an Demokratie offen. Und einen solchen bekämpft man am besten durch mehr Mitbestimmung.

Unsere Vorschläge hierfür liegen auf dem Tisch. Ich will sie hier nicht einfach ablesen. Vom Grundsatz her muss es - siehe VW Gesetz - darum gehen, zwischen Arbeit und Kapital einen Interessenausgleich auf Basis gleicher Rechte und Pflichten herbeizuführen:

- Um zu verhindern, dass kurzfristige Renditeziele über den langfristigen Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Gesellschaft stehen.
- Um zu ermöglichen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Einfluss darauf nehmen können, was unter welchen Bedingungen produziert wird.

- Um zu erzwingen, einfallslöse Kostensenkungsstrategien durch einen produktiven Gestaltungswettbewerb im Sinne eines „besser statt billiger“ zu ersetzen.

Wir werden, um das klar zu sagen, die Beschäftigten mit ihren Nöten, Wünschen und Ideen weitaus stärker als bisher bei der Ausgestaltung der Arbeitswelt einbinden müssen. Innerhalb eines Rahmes, der Grenzen setzt, Zumutungen zurückweist, Chancen eröffnet und Raum für spezifische Bedürfnisse lässt.

Anrede,

aus Erfahrung weiß ich, dass zwischen Forderung und Umsetzung bisweilen ein langer Weg liegt. Besonders dann, wenn sich die eigenen Positionen gegen den herrschenden Mainstream in den Köpfen der politischen und wirtschaftlichen Eliten richten.

Anders formuliert: Ohne gesellschaftlichen Rückhalt, ohne eine breite Allianz derjenigen Kräfte, die eine Variante des Bestehenden nicht länger dulden, ohne ein Klima der Veränderung ist der Weg nicht nur lang, sondern auch steinig und steil.

Schlimmer noch: Es bleibt lange offen, ob das Ziel überhaupt erreicht werden kann.

Deshalb möchte ich die Gelegenheit heute nutzen dafür zu werben, gemeinsam aufzubrechen. Solange uns die Gemeinsamkeiten tragen. Ich bin der festen Überzeugung, dass uns gerade angesichts der Entwicklung der letzten Jahre mehr verbindet als trennt. Mehr verbindet, als der natürlich richtige und wichtige Kampf gegen das sonntägliche Shoppingvergnügen.

Schon 1997 haben sich die beiden Kirchen in einem gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland für eine „bewusst sozial gestaltete Marktwirtschaft“ ausgesprochen.

Sie haben dabei der Vorstellung einer puren, von jeder Verantwortung für gesellschaftliche Erfordernisse freigesprochenen Wirtschaftsordnung eine klare Absage erteilt.

Ein solcher Vorstoß ist heute notwendiger denn je.

Die Glaubenssätze der Marktradikalen, dass soziale Ungleichheit wirtschaftliches Wachstum schaffe und damit allen zugute komme, die

Ungleichheit selber individuelle Leistungsunterschiede widerspiegeln und daher gerechtfertigt sei, haben den Praxistest offenkundig nicht bestanden.

Dass eine Wirtschaftsordnung mehrere Ziele verfolgen muss - Effizienz, individuelle Teilhabe, soziale Sicherheit, Erhalt der Umwelt, faire Verteilung von Einkommen und Vermögen, gesellschaftlichen Zusammenhalt usw. - Ziele, die einander teilweise widersprechen, ist den Marktgläubigen nicht ersichtlich, wird als systemfremd abgetan.

Das ist - vorsichtig formuliert - ein unterkomplexes, ignorantes Gesellschaftsverständnis. Schlicht, in seinen Annahmen widerspruchsfrei und von der Realität Lichtjahre entfernt.

Anrede,

Eine Wirtschaftsordnung, die dem Menschen nicht dient, läuft zentralen Grundsätzen der Kirchen und Gewerkschaften gleichermaßen zuwider. Eine Arbeitswelt, die die sozialen Interessen der Beschäftigten verletzt, kann auch christlichen Maßstäben nicht gerecht werden.

Die IG Metall plädiert für einen anderen Weg: Eine soziale, marktwirtschaftliche Demokratie. In dieser Reihenfolge der Begriffe!

Gute Arbeit, so wie ich sie definiert habe, nimmt darin einen kaum zu überschätzenden Stellenwert ein. Denn wenig bleibt, wenn Arbeit seine Integrationswirkung verliert.

Wir sollten darüber reden, ob und bis wohin wir auf diesem Weg eine „Fahrgemeinschaft“ bilden können. So bald wie möglich.

Danke für die Aufmerksamkeit.